



Steffen Kampeter

Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11018 Berlin

Vorsitzende des Haushaltsausschusses
des Deutschen Bundestages
Frau Petra Merkel MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 83

FAX +49 (0) 30 18 682-44 97

E-MAIL Steffen.Kampeter@bmf.bund.de

DATUM 11. März 2013

BETREFF Nord-Ostsee-Kanal (NOK);
Stand des Neubaus der 5. Schleuse Brunsbüttel

ANLAGEN 1
160 Abdrucke mit je einer Anlage

GZ **II B 1 - VE 0300/07/0001**

DOK 2013/0228957
(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Hausschaltsausschuss
Ausschussdrucksache

5 9 2 9

17. Wahlperiode

Vorlage des Bundesministeriums
der Finanzen Nr. 29/13

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, *Petra Merkel,*

zum Stand des Neubaus der 5. Schleuse Brunsbüttel hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den anliegenden Sachstandsbericht zur Behandlung in der 117. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 13. März 2013 vorgelegt.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

**Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

Sachstandsbericht

zu Planung, Bauzeit und Ausgaben für den

„Neubau der 5. Schleusenammer in Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal“

- Kap 1202, Titel 791 01 – Infrastrukturbeschleunigungsprogramm (IBP)

Die Finanzierung des Baus der 5. Kammer in Brunsbüttel erfolgt über das **Investitionsbeschleunigungsprogramm (IBP) I**, in dem die Baumaßnahme explizit ausgewiesen ist. Im Haushalt 2013 sind die nachfolgenden Jahrestanchen veranschlagt:

in Mio. €	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Summe
HH-Mittel IBP	11	30	75	73	73	38	300
VE'en fällig in 2013	---	---	75	73	73	38	259

Die **Ausschreibung der Hauptbaumaßnahmen hat sich** seit der Planung vom Februar 2012 insbesondere infolge der notwendigen fachlichen und rechtlichen Qualitätssicherung der Vergabeunterlagen für die komplexe Baumaßnahme **um mehrere Monate verzögert**. Die Ausschreibungsunterlagen bestehen aus über 3.000 Leistungspositionen, mehr als 800 Seiten Baubeschreibung und mehr als 300 Bauzeichnungen und -plänen. Die Qualitätssicherung dieser Unterlagen mit Klärung von vergaberechtlichen Fragestellungen ist jetzt abgeschlossen.

Weiterhin wurden im Zuge der vertieften technischen Bearbeitung der Ausschreibungsunterlagen **wesentliche bautechnische Detailprobleme** erkannt, die zu **komplexeren Bauabläufen** und damit **insgesamt zu einer Bauzeitverlängerung** führen. Dabei ist es auch erforderlich, **einige zusätzliche Bauteile** zur Sicherung der grundbaulich besonders anspruchsvollen Gründung und Verankerung der Schleusenammer vorzusehen. Im Einzelnen betrifft dies die folgenden Punkte:

- Die Herstellung und der Einbau der vorgesehenen Ankerpfähle werden zeitaufwändiger. Dies ist eine Erkenntnis der Auswertung der im Sommer 2012 durchgeführten Pfahlprobebelastung.
- Die abschließende Analyse der Baugrundverhältnisse führt zu dem Erfordernis zusätzlicher Baugrundverbesserungen.
- Ergänzende statische Berechnungen führen zur Notwendigkeit zusätzlicher Aussteifungen einschließlich eines komplexeren Bauablaufes im Bereich des Binnenhauptes.

Bauzeitverlängerung:

Im Frühjahr 2012 wurde die Bauzeit nach Vertragsschluss der Hauptbaumaßnahmen auf rund 5 Jahre geschätzt. Diese Zeitannahme liegt den o.g. Jahrestanchen im Haushalt 2013 zugrunde. Unter Berücksichtigung der jetzt erkannten technischen Detailprobleme ergibt sich eine **Verlängerung der Bauzeit um 2 Jahre auf 7 Jahre** (Verkehrsfreigabe ca. 6 Monate vorher).

Für den zeitlichen Ablauf des Mittelabflusses ist zudem zu berücksichtigen, dass sich die Ausschreibung verzögert hat und wegen den anspruchsvollen technischen Fragestellungen in einem rechtssicheren Verfahren **längere Fristen für die Abgabe und die Wertung der Angebote** vorzusehen sind.

Die Vergabeunterlagen sind aktualisiert. Bei einem Start der Ausschreibung Mitte April 2013 kann der **Bauvertrag im Frühjahr 2014** geschlossen werden. Vergabenachprüfungsverfahren könnten diesen Termin noch um einige Monate nach hinten schieben. **Bei sieben Jahren Bauzeit werden Haushaltsmittel bis zum Jahr 2021 benötigt** (Verkehrsfreigabe 2. Halbjahr 2020).

Erhöhung der Bauausgaben:

Die **Auswirkungen** der Änderungen im Bauablauf, durch den Einbau der zusätzlichen Bauteile und der Bauzeitverlängerung **auf die voraussichtlichen Bauausgaben** wurden intensiv geprüft. Im Ergebnis sind **rd. 375 Mio. € an Gesamtausgaben zu erwarten** (noch auszuschreibende Hauptbau- und bereits laufende, bauvorbereitende Maßnahmen), d.h. etwa **Mehrausgaben von 75 Mio. €**. Im Einzelnen ergeben sich die folgenden Jahrestanchen (darunter zum Vergleich die Ansätze des Haushalts 2013):

in Mio. €	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Erforderliche HH-Mittel	(1)	7	20	41	51	55	69	84	41	6	375
derzeit im IBP I vorh. HH-Mittel	(11)	30	75	73	73	38	---	---	---	---	300
Veränderung	(-10)	-23	-55	-32	-22	+17	+69	+84	+41	+6	+75

Darüber hinaus werden Verpflichtungsermächtigungen erst in 2014 beansprucht.

Weitere Abwicklung der Baumaßnahme:

Ein Start der **Ausschreibung** der Hauptmaßnahmen **im April 2013 setzt voraus, dass die dargestellten Haushaltsmittel bis einschl. 2021 zur Verfügung stehen**. Dies ist durch die vorhandene Finanzplanung des IBP I nicht abgedeckt. Die VE'en aus dem IBP I enden bereits im Jahr 2017; auch im normalen WSV-Haushalt, Kapitel 1203, sind keine VE'en ab dem Jahr 2018 verfügbar.

Für die weitere Umsetzung der Baumaßnahme „5. Schleusenkammer Brunsbüttel“ im IBP I sind

- die Laufzeit des IBP I zu verlängern,
- die höheren Gesamtausgaben in der Finanzplanung fortzuschreiben und
- die VE'en bedarfsgerecht ab 2014 anzupassen.

Jahr	Vorh. Ansatz im HH 2013	Änderung der Finanzplanung	Erforderliche VE'en in 2014
2012	(11)	(-10)	-
2013	30	-23	-
2014	75	-55	-
2015	73	-32	41
2016	73	-22	51
2017	38	+17	55
2018	-	+69	69
2019	-	+84	84
2020	-	+41	41
2021	-	+6	6
Summe	375		347

Angaben
in Mio. €

Die im HH 2013 ausgebrachten VE'en werden nicht benötigt.

Auf der Basis des vorstehenden Sachstandsberichts sind

1. der **Bauzeitverlängerung** und Erhöhung der **Bauausgaben** sowie
2. dem **Start der Ausschreibung** im April 2013 unter den geänderten haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen

zuzustimmen.

Die **haushaltsrechtliche Umsetzung** der Zustimmung (Anpassung von Finanzplanung und VE'en) erfolgt **im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2014.**